

# Programmatischer außerordentlicher Kreisparteitag der Freien Demokraten Kreisverband Bonn am 21.09.2019

Seite 1 von 1

## 1 Antrag 2

2

3 **Antragsteller:** Walter Klitz

4 **Antragstitel:** **Bürgerinnen und Bürger entlasten -**

5 **Anreize zur Bildung von Eigentum schaffen**

6

7 Der Kreisparteitag möge beschließen:

8 Der FDP-Kreisverband Bonn begrüßt die aktuell geplanten Änderungen des  
9 Kommunalabgabengesetzes NRW, insbesondere die geplante Entlastung der  
10 Grundstückseigentümer und die Überlegungen, frühzeitig vor geplanten  
11 Straßenausbaumaßnahmen ein Bürgerbeteiligungsverfahren zwingend vorzuschreiben.

12

### 13 Begründung:

14 Die FDP versteht sich als Partei des Eigentums und hat sich von jeher dafür eingesetzt, dass  
15 möglichst viele Bürger im Eigentum wohnen können.

16 Straßenausbaubeiträge führen oftmals zur finanziellen Überforderung von Haus- und  
17 Wohnungseigentümern. Wegen der angespannten Lage öffentlicher Haushalte haben  
18 zahlreiche Kommunen u.a. auch bei der Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen  
19 Verkehrsflächen gespart. So benötigt z.B. die Stadt Bonn für die Unterhaltung ihrer  
20 Verkehrsflächen etwa 10 Millionen Euro im Jahr, stellt aber in Ihrem Haushalt deutlich  
21 weniger als die Hälfte zur Verfügung. Dies wird vermehrt zu einem erhöhten  
22 Sanierungsbedarf führen, der eine Beitragspflicht der Grundstückseigentümer auslösen wird,  
23 da die Gemeinden ihrer Instandsetzungspflicht nicht mehr im eigentlich erforderlichen  
24 Umfang nachkommen können. Dies gilt wegen der miserablen Haushaltslage in besonderer  
25 Weise auch für die Stadt Bonn.

26

27 Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler haben sich bisher in NRW über 250.000 Bürger  
28 mit ihrer Unterschrift für die vollkommene Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen  
29 ausgesprochen. Bayern hat mit Wirkung vom 1. Januar 2018 ganz auf die Erhebung von  
30 Beiträgen verzichtet. Dem thüringischen Landtag liegt ein entsprechender Gesetzentwurf  
31 von den Linken, der SPD und den Grünen vor. In Berlin, Hamburg und Baden-Württemberg  
32 werden keine Beiträge erhoben. Die in Rheinland-Pfalz mitregierende FDP will erreichen,  
33 dass die Kommunen künftig von den Bürgern keine Straßenausbaubeiträge mehr erheben  
34 dürfen. In Hessen hat die FDP einen Antrag eingebracht, mit dem der Straßenbeitragszwang  
35 abgeschafft und es den Kommunen selbst überlassen werden soll, ob sie  
36 Straßenausbaubeiträge von ihren Bürgern erheben oder andere Finanzierungsformen  
37 wählen.

38

39 Bei der weiteren Beratung sollte darauf geachtet werden, dass Straßenausbaubeiträge für  
40 Bürgerinnen und Bürger sich in einem angemessenen Rahmen bewegen und im Verhältnis  
41 zum tatsächlichen Sondervorteil durch die funktionstüchtige Straße stehen.

42 Anliegerstrassen sollten anders behandelt werden als Durchgangsstraßen mit einem hohen  
43 Anteil an Allgemeinverkehren.